

# Einwohnerrat

## Sitzungsprotokoll vom 26. September 2019

Vorsitz:	Brigitte Vogel, Einwohnerratspräsidentin
Anwesende Mitglieder:	38 Mitglieder des Einwohnerrats 5 Mitglieder des Stadtrats
Auskunftspersonen:	Christoph Hofstetter, Stadtschreiber Peter Baumli, Verwaltungsleiter Marc Lindenmann, Leiter Abteilung Finanzen
Protokollführung:	Christoph Hofstetter, Stadtschreiber
Entschuldigt:	Stefan Wiedemeier, Vizestadtschreiber Markus Thöny Adriano Beti
Zeit:	19.30 Uhr bis 22.15 Uhr
Ort:	Aula des Schulhauses Lenzhard

---

## Traktanden

- 1 Mitteilungen
- 2 Inpflichtnahmen
- 3 Gesuche um Zusicherung des Gemeindebürgerrechts
- 4 Stadtverwaltung; Personelle Ressourcen
- 5 Budget 2020
- 6 Aufgaben- und Finanzplanung 2020 bis 2024; Kenntnisnahme
- 7 Einwohnerrat; Tagungsort des Einwohnerrats
- 8 Schwimmbad Walkematt; Ersatz Folienabdichtung 50-Meter-Becken;  
Bauabrechnung
- 9 Schriftliche Anfrage von Martin Geissmann (GLP); Schulraumplanung  
Lenzburg; Beantwortung durch den Stadtrat
- 10 Umfrage

---

## Verhandlungen:

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: Sehr geehrte Damen und Herren des Einwohnerrats und des Stadtrats, hiermit begrüsse ich Sie herzlich zur 9. Sitzung des Einwohnerrats der laufenden Legislatur.

Nach der langen Sommerpause mit einem fast nie endenden Sommer ist es Zeit, die Weichen mit unserer Budgetsitzung für das kommende Jahr zu stellen. Es ist schon fast Usus, dass jeweils vom Ratspräsidium ein Rückblick auf das sommerliche Wetter erfolgt, und praktisch jedes Jahr, wie man aus den alten Protokollen entnehmen kann, war es ein heisser und schöner Sommer. Wobei schön ein dehnbarer Begriff ist. Denn schön kann auch ein Regentag im Sommer sein. Diesen Sommer können wir aber mit Bestimmtheit sagen, dass es trotz dem heissen Wetter hin und wieder etwas Regen gab und die Felder, Wiesen, wie auch der Gofi, nicht so braun daherkommen. Ob sich unser Wald schon ein wenig erholen konnte, ist fraglich. Dafür gedeiht in diesem Jahr ein anderer Wald prächtig. Bei den Neophyten würden wir schon fast von invasiv sprechen. Der Plakatwald für die bevorstehenden Wahlen. Jeden Morgen tauchen sie aus den leichten Nebelschwaden empor und lächeln uns mehr oder minder verklemmt entgegen. Köpfe, Köpfe und nochmals Köpfe. Keiner der Kandidaten und Kandidatinnen würde auf die Idee kommen, ihre Hände oder Füsse zu zeigen. Trotzdem erwarten wir von allen, dass sie dann in Bern etwas "zwäg" bringen, was Hände und Füsse hat. Die Gründe, warum alle in das Nationale Parlament wollen, sind auch immer ein wenig neblig. Ist es tatsächlich das Interesse an der Politik für unser Land, oder ist es doch auch wegen des Geldes, der Macht, des Einflusses oder dem guten Ansehen? Who knows? In zwei Jahren sind wieder Einwohnerratswahlen. Wir werden schauen, wie gross dann das Interesse sein wird für die Politik, direkt vor der Haustüre.

Seit der letzten Sitzung ist viel passiert. Jeder von uns könnte sich jetzt etwas zurücklehnen, in den Erinnerungen schwelgen und viele Geschichten erzählen. In Anbetracht der reich befrachteten Traktandenliste und, wenn ich mir die Unmengen von Zeilen und Seiten des Protokolls in Erinnerung rufe, so gehen wir zügig zu unseren Geschäften weiter. Es warten heute Abend viele Zahlen auf uns und deshalb reduzieren wir Buchstaben und Worte auf das Minimum.

Ein herzliches Willkommen unseren beiden neuen Ratsmitgliedern, Kaspar Schoch und Stefanie Häfeli sowie dem Ratsweibel, Sascha Amweg, welcher bereits schon wieder Kopien verteilt. Als Auskunftspersonen begrüsse ich Christoph Hofstetter, Stadtschreiber, Peter Baumli, Verwaltungsleiter, und Marc Lindenmann, Leiter Abteilung Finanzen. Tatsächlich wieder einmal eine Einwohnerratssitzung ohne Stefan Wiedermeier, heute Abend ist er leider krank. Wir wünschen auf diesem Weg gute Besserung. Seine Stellvertretung übernimmt Christoph Hofstetter. Grüezi auch unseren Medienvertretern, Urs Helbling und Ruth Steiner von der Aargauer Zeitung sowie Fritz Thut vom Lenzburger Bezirks-Anzeiger. Wir erleben mit dem Regionaljournal SRF eine kleine Premiere. Herzlich Willkommen Christoph Wasser. Dank dessen, dass wir eine richtige Stadt sind, mit über 10'000 Einwohnerinnen und Einwohnern,

werden wir vom Radio auch so wahrgenommen. Allen zusammen bereits im Voraus vielen Dank für die ausführliche Berichterstattung über unsere Arbeit im Rat. Nicht vergessen dürfen wir natürlich die interessierten Gäste auf der Tribüne. Mein Herz schlägt unheimlich hoch und – weil ich aus dem Glarnerland komme – dürfte ich sagen "ich ha uhuere Freud", dass ich so viele Personen auf der Zuschauertribüne begrüßen darf. Es freut uns, dass das Interesse an unseren Geschäften gross ist. Wir betrachten dies auch als Wertschätzung für unsere Arbeit.

Die Traktandenliste und die entsprechenden Unterlagen sind Ihnen rechtzeitig zugestellt worden. Ich stelle fest, dass der Rat beschlussfähig ist. Die Sitzung ist somit eröffnet.

---

## 1 Mitteilungen

### 1. Protokoll

Die Protokolle der Sitzungen vom 14. März 2019 und vom 23. Mai 2019 sind fertig gestellt. Letzteres wurde Ihnen elektronisch zugestellt oder heute Abend verteilt. Das Juni-Protokoll ist noch in Bearbeitung.

### 2. Rechtskraft von Beschlüssen

Als einziger Beschluss der letzten Sitzung unterlag die Genehmigung des Jahresberichts und der Jahresrechnung 2018 dem fakultativen Referendum, welches am 5. August 2019 in Rechtskraft erwachsen ist.

### 3. Neueingänge

Die SP, Grüne und BDP haben eine Motion betreffend Vaterschaftsurlaub eingereicht.

**"Stadt Lenzburg: Eine attraktive und faire Arbeitgeberin - mit einem 20-tägigen Vaterschaftsurlaub."**

### **Ausgangslage**

Die Schweiz kennt bisher keinen national geregelten Vaterschaftsurlaub. U.a. auf Druck der Volksinitiative «Vaterschaftsurlaub jetzt!», die 20 Tage bezahlten

Vaterschaftsurlaub fordert, und als indirekten Gegenvorschlag auf diese Initiative, haben sich der Stände- und der Nationalrat auf einen Kompromiss von 10 bezahlten Tagen geeinigt. Noch ist nicht klar, ob die Initiative nun zurückgezogen wird und damit der Gegenvorschlag, falls kein Referendum ergriffen wird, direkt in Kraft tritt. Der Gegenvorschlag ist ein erster Schritt - aber noch lange nicht zeitgemäss. Umliegende Länder, immer mehr private Arbeitgeber und auch öffentliche Institutionen kennen grosszügigere Lösungen. So hat sich auch der Einwohnerrat der Stadt Aarau auf Beginn dieses Jahres für einen 20-tägigen Vaterschaftsurlaub ausgesprochen. Die Stadt Lenzburg soll sich ebenfalls als attraktive und familienfreundliche Arbeitgeberin positionieren und ihren Angestellten statt der heutigen drei Tage einen 20-tägigen Vaterschaftsurlaub ermöglichen.

Bezeichnend ist, dass immer mehr Firmen ihren Mitarbeitern einen längeren Vaterschaftsurlaub anbieten. Sie wissen, dass dies ein nicht zu unterschätzendes Argument ist, um gute Angestellte zu gewinnen. Gerade Fachpersonal wird je länger je schwieriger zu finden sein, hier herrscht ein Wettbewerb um die besten Köpfe. Kompetente und motivierte Mitarbeitende steigern zudem die Produktivität und Effektivität der Stadtverwaltung.

Ein 20-tägiger Vaterschaftsurlaub ermöglicht den Vätern von Beginn weg eine eigenständige Beziehung zum Kind aufzubauen. Andererseits wird die Mutter entlastet. Dies ermöglicht auch den schnelleren Wiedereinstieg der Frau ins Berufsleben. Zudem werden Familienmodelle, in denen beide Partner die Kinderbetreuung von Anfang an teilen, gefördert. Dies ist ein wichtiger Beitrag zur Gleichstellung von Mann und Frau.

Mit einem Vaterschaftsurlaub, der über die -vermutliche - eidgenössische Lösung hinausgeht, setzt Lenzburg ein Zeichen als fortschrittliche, familienfreundliche und attraktive Arbeitgeberin. Diese Wahrnehmung wirkt sich auch auf andere Bereiche aus und kann die aktuell stark forcierten Bemühungen im Bereich der Kommunikation und des Stadtmarketings unterstützen.

### **Fazit**

"Die Stadt Lenzburg will sich im kompetitiven Umfeld der Aargauischen Kleinstädte optimal positionieren und dabei ein starkes, einzigartiges Profil entwickeln." Dazu gehört auch, ein attraktiver Arbeitgeber zu sein. Ein 20-tägiger bezahlter Vaterschaftsurlaub kann seinen Teil dazu beitragen. Die Stadt Lenzburg schliesst damit zu anderen Arbeitgebern - privat wie öffentlich - auf und kann sich im Wettbewerb um (Fach-)Personal besser behaupten.

### **Forderung der Motion**

Wir fordern, dass der Stadtrat per 1. Januar 2020 seinen Mitarbeitern einen bezahlten, 20-tägigen Vaterschaftsurlaub anbietet.

#### 4. Entschuldigungen

Markus Thöny hat sich im August per Mail für die heutige Sitzung entschuldigt. Er ist bereits auf dem Weg in den Urlaub. Aus gesundheitlichen Gründen musste sich für den heutigen Abend Adriano Beti entschuldigen.

#### 5. Rücktritt

Leider haben wir ein paar Rücktritte zu verzeichnen:

Im Mail vom 29. August 2019 hat uns Tobias Ammann mitgeteilt, dass er per sofort aus dem Einwohnerrat zurücktritt. Gleichzeitig bedankt er sich aber auch für die angenehme Zusammenarbeit beim Einwohnerrat und der GPFK. Gerne geben wir Tobias die Blumen zurück und überreichen ihm symbolisch einen Blumenstrauss. Tobias Ammann hat bereits in den Kinderschuhen die Gene eines Lokalpolitikers in die Wiege gelegt bekommen. War doch sein Vater, Heiner Ammann, bereits Stadtrat. Tobias war seit dem 15. September 2010 im Einwohnerrat tätig. Seit 1. Juli 2011 bis 31. Dezember 2017 war er in der GPFK tätig, und in den Jahren 2016/2017 hat er das Präsidium der GPFK mit viel Geschick geführt. Nach seinem Rücktritt als GPFK Mitglied war er nicht lange ohne Amt, und bereits eine nächste wichtige Aufgabe kam auf Tobias Amman zu. Das Amt hier vorne bei uns, um die Abstimmungsergebnisse zu ermitteln. Ich danke Tobias Amman herzlich für die geleistete Arbeit für unsere Heimatstadt und wünsche ihm für die Zukunft alles Gute.

Auch der zweite Rücktritt hat die Freisinnige Fraktion zu verkraften. Adriano Beti tritt aufgrund einer beruflichen Neuorientierung per September 2019 aus dem Einwohnerrat zurück. Er war seit 2013, mit einer kurzen Unterbrechung, im Einwohnerrat tätig. Seine kommunalpolitische Laufbahn fing bereits viel früher an. In den Jahren 2009 bis 2013 war er in der Baukommission und in den Jahren 2014 bis 2015 in der Verkehrskommission tätig. Zwischen 2014 und 2018 war er Parteipräsident, wo er die Geschicke der freisinnigen Partei mitprägte. Seit dem 1. April 2017 ist er auch Mitglied der Ortsbürgerkulturkommission. Wir danken auch Adriano herzlich für seinen Einsatz zugunsten von Lenzburg und wünschen ihm alles Gute für die Zukunft.

Da Tobias Ammann zurückgetreten ist, brauchen wir eine Ersatzwahl Stimmenzähler. Die formelle Ersatzwahl des Stimmenzählers wurde für die Sitzung vom 31. Oktober 2019 ordentlich traktandiert.

Für die heutige Sitzung schlage ich Ihnen Sven Ammann als Stimmenzähler vor. Wenn nichts dagegen spricht, würden wir ihn stillschweigend wählen.

---

## 2 Inpflichtnahmen

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: Heute Abend sind Stefanie Häfeli (EVP) anstelle von Marcel Spörri und Kaspar Schoch (FDP) anstelle des zurückgetretenen Tobias Ammann bei uns im Rat aufzunehmen.

Für die Inpflichtnahme bitte ich die neuen Mitglieder Stefani Häfeli sowie Kaspar Schoch vor den Rat zu treten. Stadtschreiber Christoph Hofstetter wird die Eidesformel vorlesen. Den Rat bitte ich, sich für den Akt zu erheben.

Stadtschreiber Christoph Hofstetter verliest hierauf die in § 3 des Geschäftsreglements festgehaltene Gelöbnisformel: "Ich gelobe, als Mitglied des Einwohnerrats das Wohl der Gemeinde Lenzburg zu fördern und gemäss Verfassung und den Gesetzen nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln." Mit den Worten "Ich gelobe es" leisten hierauf Stefanie Häfeli und Kaspar Schoch ihre Gelübde. [Applaus]

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: Ich gratuliere beiden recht herzlich, dass ihr euch bereit erklärt habt, euch für unsere Stadt einzubringen. Herzlich Willkommen im Einwohnerrat. Ich wünsche euch viel Freude an der Ratsarbeit, und dass ihr auch mit der Unterstützung in der Fraktion schnell im Ratsleben ankommt und euch wohl fühlt, aber natürlich auch Freude und Spass an der Arbeit für unsere Bewohnerinnen und Bewohner von Lenzburg habt.

---

## 3 Gesuche um Zusicherung des Gemeindebürgerrechts

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: Wir haben heute über verschiedene Einbürgerungsgesuche zu entscheiden. Ich bitte die anwesenden Personen kurz aufzustehen, wenn ich ihre Namen aufrufe.

Sprecherin der Einbürgerungskommission ist Bettina Hänny (CVP): Am 28. Mai 2019 ging die Einbürgerungskommission ihrer Aufgabe nach, die anwesenden Gesuchstellerinnen und Gesuchsteller zu prüfen. Ein Gesuchsteller und eine Gesuchstellerin haben aufgrund, dass sie zur Nichtannahme für die heutige Abstimmung empfohlen wurden, ihr Gesuch zurückgezogen. Die Vorgesprochenen und alle Anwesenden möchten die Schweizer Nationalität. Heute befinden wir über zehn Personen aus vier verschiedenen Ländern. Insgesamt haben diese Menschen zusammen 108 Jahre in der Schweiz verbracht, was im

Schnitt 72 % ihrer gesamten Lebensdauer ausmacht. Etwas scheint auch bei den Gesuchsstellenden gemeinsam zu sein, und zwar der Fussball. Wir haben einen ehemaligen FC Lenzburg Trainer hier, ein anderer Gesuchssteller kam wegen der FIFA in die Schweiz, einer spielt in Seon im Verein und ein weiterer schaut in seiner Freizeit sehr gerne Fussball. Wir haben aber aufgrund unserer Gespräche noch sehr viel mehr herausgefunden. Nach diesen Gesprächen kamen wir zum Schluss, dass die anwesenden Gesuchsstellenden gut in der Schweiz und in Lenzburg integriert sind. Die Einbürgerungskommission empfiehlt, alle Gesuche anzunehmen.

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: Danke, Bettina Hännny. Die Diskussion ist offen. Wünscht jemand das Wort? Wenn die Diskussion nicht gewünscht wird, komme ich zu den Abstimmungsfragen.

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel erläutert das weitere Vorgehen.

### **Abstimmung**

Grossmehrheitlich beschliesst der Einwohnerrat, über die Einbürgerungsgesuche in globo und geheim abzustimmen.

Gestützt auf den Bericht und Antrag des Stadtrats vom 31. Juli 2019 wird sämtlichen Gesuchstellenden in geheimer Abstimmung das Gemeindebürgerrecht von Lenzburg zugesichert:

Diese Beschlüsse unterliegen nicht dem fakultativen Referendum.

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: Der Einwohnerrat hat somit sämtliche Gesuche gutgeheissen. Ich gratuliere allen Gesuchstellenden herzlich zur Erlangung des Gemeindebürgerrechts von Lenzburg. Nehmen Sie aktiv am öffentlichen Leben in Lenzburg teil und packen sie die Gelegenheit, welche Ihnen jetzt die direkte Demokratie bietet. Sie haben sich für die Schweiz entschieden, und jetzt können Sie tatkräftig mithelfen, unser Land weiterhin zu unserem Wohl zu entwickeln. Vielleicht sieht man das eine oder andere Gesicht wieder einmal an einer Einwohnerratssitzung entweder auf der Tribüne oder besser noch im Rat selber. In zwei Jahren sind wieder Wahlen. Herzliche Gratulation. [Applaus]

---

#### **4 Stadtverwaltung; Personelle Ressourcen**

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: An der Informationsveranstaltung hat weit über die Hälfte der Mitglieder des Einwohnerrats die Chance genutzt, um wichtige Infos aus erster Hand zu erfahren. Den Verantwortlichen der Stadt danke ich im Namen des Rats ganz herzlich für die ausführlichen und sehr detaillierten Infos sowie für das grosse Engagement.

Sprecher ist GPFK-Präsident Beat Hiller (GLP): Personelle Ressourcen sind in einer Stadtverwaltung immer ein heikles Thema. Es gibt Stellen wie z.B. bei der Repol und im Schulsozialbereich, über welche wir heute nicht diskutieren müssen. Diese sind aufgrund der erweiterten Aufgaben gut begründet und werden von anderen Gemeinden finanziert. Die GPFK hat sich somit auf die drei zusätzlichen Stellen im HR, in der Standortentwicklung und in der Abteilung Immobilien konzentriert und diese auch kritisch hinterfragt. Wir haben Antworten seitens des Stadtrats erwartet und auch erhalten:

HR-Stelle: Wir haben uns gefragt, wieso braucht es plötzlich diese Stelle? Bisher hat man es auch ohne diese personellen Ressourcen geschafft. Eine 100 % Stelle ist nicht billig und kostet viel Geld (Fr. 100'000). Es wurde seitens des Stadtrats sowie auch seitens Verwaltungsleiter erläutert, dass man eine Verbesserung der Qualität im HR-Bereich und bei der Abwicklung im Personalwesen erwartet. Was für uns auch wichtig ist, dass die Linienvorgesetzten durch die Stelle entlastet werden sollen. Beides ist grundsätzlich gut. Nur, wir stellten uns die Frage, spüren wir auch etwas davon? Wir erwarten, dass die Linienvorgesetzten wieder mehr Zeit haben, ihren Kernaufgaben nachgehen zu können. Sie sollen sich nicht mehr um administrative Details im Personalwesen kümmern müssen, wie bspw. Zeugnisse ausstellen, Personalgespräche etc. Im Zusammenhang mit der HR-Stelle wurde auch erwähnt, dass die Verwaltung im Rahmen des Bezugs des neuen Verwaltungszentrums umorganisiert wird.

Stelle Standortentwicklung & Kommunikation: Auch hier wird eine Qualitätssicherung resp. Steigerung in der Aussenerscheinung der Stadt Lenzburg erwartet. Wenn dies erbracht wird, ist es sicherlich etwas, was der Stadt Lenzburg nützt. Das Resultat ist aber schwierig zu messen.

Stelle im Immobilienbereich: Es gibt sicherlich viele Pro-Argumente. Einerseits haben wir einen Abteilungsleiter, welcher in drei Jahren pensioniert wird. Wir haben diskutiert und teilweise eine Antwort erhalten. Im Rahmen der Pensionierung soll die Person, welche eingestellt wird, möglicherweise als Abteilungsleiter nachrutschen. Offen ist aktuell, ob bei einem Nachrutschen die neue Stelle wieder besetzt werden muss.

Das jetzige Traktandum sowie das nachfolgende (Budget 2020) stehen in einem Zusammenhang. Die Stellen werden in diesem Traktandum bewilligt, die entsprechenden Finanzen beim Budget. Gestützt auf das Geschäftsreglement

(§ 20) kann bis zum Ende der Sitzung auf gefasst Beschlüsse zurückgekommen werden, wenn mindestens 2/3 der Anwesenden dies unterstützen.

Die GPFK hat der Aufstockung der personellen Ressourcen einstimmig zugestimmt und empfiehlt dem Einwohnerrat, eine Erhöhung ebenfalls zu genehmigen.

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: Danke, Beat Hiller. Sind noch weitere Wortmeldungen?

Corin Ballhaus (SVP): Lenzburg möchte Smart City werden. Dies konnten wir vor ein paar Tagen auf der Website der Stadt lesen. Nicht so smart – und dies wird Sie nicht überraschen – erachtet unsere Fraktion die beantragte Aufstockung des Stellenetats. Es geht uns dabei nicht um die Stellen, welche von den Nachbargemeinden finanziert werden, sondern um die Stellen, bei welchen wir in unsere Kasse greifen müssen. Fragen könnte man bei den Stellen, welche von anderen Gemeinden finanziert werden, höchstens, warum Lenzburg für Staufen die Schulsozialarbeit macht, da Staufen den Vertrag mit der Regionalschule ja gekündigt hat. Anstoss nehmen wir viel mehr daran, dass man personelle Ressourcen neu schaffen möchte, welche von der Stadtkasse finanziert werden müssen. Dass effektiv nur eine Erhöhung von 125 Stellenprozent beantragt werden muss, weil intern 200 Stellen kompensiert werden können, macht die ganze Angelegenheit nur bedingt besser, weil die Neuorganisation des Bauamts unter dem Strich zu einem Stellenausbau in den beiden neuen Organisationseinheiten führt. Was wir für ungünstig und schlecht gewählt halten, ist der Zeitpunkt der Aufstockung. Dass parallel zum Start des Projekts Lenzburg21 ein Stellenetat ausgebaut wird, ist ein nicht gerade zuversichtliches Zeichen. Dies ist nicht unser Verständnis einer modernen und effizienten Verwaltung, wie es diese Vorlage propagiert. Grösser ist nicht immer besser. Ja, die Einwohnerzahl ist in den letzten zehn Jahren um gut 35 % gestiegen. Und ja, die Stellenerhöhungen im gleichen Zeitraum kann man – mit Ausnahme vielleicht des Sozialdiensts – als moderat bezeichnen. Tatsache aber ist, es waren immer Stellenerhöhungen und nie Reduktionen. Unsere Erwartung an eine zentralisierte Verwaltung ist ganz klar: Bündeln, vereinfachen, verbessern von Prozessen, Automatisierung bzw. Digitalisierung von Abläufen. Wir wollen ja schliesslich smart werden und damit verbunden ist auch das Einsparen von personellen Ressourcen. Etwas muss ich bei dieser Gelegenheit noch los werden. Wir begrüssen, dass der Stadtrat uns sehr detailliert die Stellen, welche er neu schaffen möchte, vorgestellt und darüber informiert hat. Der Stadtrat hat sicher auch seine Gründe, dass er zwei Stellen, über welche wir heute debattieren, bereits besetzt hat. Dass er damit den aktuellen Stellenetat nicht überschritten hat, setzen wir selbstverständlich voraus. Uns jedoch erst einen Tag nach den Medien zu informieren, wie es im Fall der Stelle Kommunikation und Entwicklung der Fall war, oder überhaupt nicht, was den Fall der Stelle Stadtplaner betrifft, kommt bei uns nicht sehr gut

an. Eine offene und zeitnahe Kommunikation über die Besetzung von wichtigen Stellen hat auch etwas mit Wertschätzung unserer Tätigkeit zu tun. Wenn unsere Fraktion – trotz allem – zur beantragen Stellenerhöhung ja sagt, tun wir dies mit grossem Zähneknirschen. Gleichzeitig erwarten wir, dass der Stadtrat uns im Rahmen des Projekts Lenzburg21 Ziele und Massnahmen präsentiert, wie er einen weiteren Stellenausbau stoppen oder noch besser, wo er Stellen einsparen möchte. Jemand, der sich keine konkreten Ziele setzt, wird und kann auch keine erreichen. Wir können Ihnen jetzt schon versichern, wir bleiben dran.

Daniel Blaser (CVP): In Anbetracht der wachsenden Bevölkerung erscheint uns die Stellenprozentenerhöhung moderat. Wir erwarten, dass durch diese Erhöhung und die bereits getätigten Investitionen im Bereich Prozessoptimierung bald auch spürbare Effizienzsteigerungen erzielt werden, damit wir in Zukunft eher weniger als mehr Stellen finanzieren müssen. Die CVP-Fraktion stimmt dem Antrag einstimmig zu.

François Kuhlen (FDP): Grundsätzlich ist es zu begrüssen, dass der Stadtrat in einem separaten Traktandum die Personalsituation darlegt und die Änderungen begründet. Dass diese Vorlage jetzt, d.h. vor dem Abschluss der Abklärungen des Projekts Lenzburg21 präsentiert werden und damit möglichst Stellen auf Vorrat geschaffen werden, ist nur ein kleiner Haken. Es ist auch zu begrüssen, dass im Zusammenhang mit dem neuen Verwaltungszentrum die Aufbau- und Ablauforganisation der Stadtverwaltung überprüft wird. Damit werden Forderungen unserer FDP-Motion umgesetzt. Vor weniger als zwei Jahren hat man noch angepriesen, dass die Stadtverwaltung optimal organisiert ist und unsere Motion nur Wahltaktik sei. Hier hoffe ich sehr, dass auch die Studien der Aufbau- und Ablauforganisation für das Verwaltungszentrum ausweisen, dass das Investment von rund 6,5 Mio. Franken auch einen Return on Investment aufweist.

Über kleine und niedrige Pensenerhöhungen von 0,05 bis 0,15 Prozentpunkten möchte ich nicht diskutieren. Festhalten möchte ich nur, dass in der Regel Pensen unter 50 % nachweisbar ineffizient sind und darum vermieden werden sollen. Auch die Stellenerhöhung bei der Regionalpolizei ist für mich kein Thema.

Standortentwicklung & Kommunikation: Hier stellt sich für mich die Frage, was der Stadtrat unter Standortentwicklung versteht. Meine nächste Frage: Die Stelle soll mit 60 % Ansprechstelle für Unternehmer sein, d.h. Unternehmensführungen rennen an zwei von fünf Tagen erfolglos an. Weiter steht in der Vorlage, dass die Vernetzung eine wichtige Aufgabe ist. Ich frage mich, ist dies nicht eine Chefsache? Eine weitere Feststellung ist, dass der jetzige Inhaber dieser Aufgabe um 60 % entlastet wird.

Stadtplanung & Hochbau: Diese Neuorganisation wurde nie im Einwohnerrat diskutiert. Aber das Rationale hinter der heutigen Organisation mit separaten Abteilungen Tiefbau & Verkehr, Hochbau & Stadtplanung und einer separaten Abteilung Immobilien kann ich in einer Zeit, in welcher generell in Unternehmen integrative Lösungen intensiv gefördert und implementiert werden, nicht verstehen. Mit dieser Meinung bin ich – gemäss den erhaltenen Feedbacks – in der Stadt nicht alleine. Übrigens ein kleines Detail: Aus Feedbacks von Betroffenen habe ich gehört, dass heute in Sitzungen über Testplanungen von Seiten der Stadt drei Personen aus dem damaligen Bauamt teilnehmen. Früher war nur eine Person anwesend, nämlich die Leitung. Mit anderen Worten, diese Organisation hat wenig zur Effizienzsteigerung beigetragen.

Immobilien: In der vorliegenden Vorlage ist ein detaillierter Leistungsbeschrieb vorhanden. Aus meiner Sicht ebenso notwendig wäre ein Anforderungsprofil für den Stelleninhaber. Der heutige Stelleninhaber wird ja bekanntlich um 60 % entlastet, weil er nicht mehr für die Standortentwicklung & Kommunikation zuständig ist. Zusätzlich erhält er 80 Stellenprozent mehr. Ich frage mich, warum braucht es eine 180 % Stelle bis Ende der Legislaturperiode, um eine Liegenschaftsstrategie in einer überschaubaren Stadt wie Lenzburg zu erarbeiten. Es fehlt für mich an Sachkenntnis, Leadership oder vielleicht an beidem.

Human Resources: Dass eine Stadt mit 259 Angestellten eine Human Resources-Stelle dringend benötigt, ist für mich unbestritten. Was aber fehlt ist, um wieviel die Abteilungsleiter, welche diese Arbeit bis jetzt geleistet haben, entlastet werden, und wo die freie Zeit gewinnbringend eingesetzt werden kann. Auch die Aufgaben der HR-Stelle sind im vorliegenden Papier detailliert dargestellt. Einmal mehr fehlt mir aber das Anforderungsprofil, welches notwendig ist für die Rekrutierung eines HR-Spezialisten (Personalchef). In der GPFK-Sitzung mussten wir zur Kenntnis nehmen, dass die Stadt beabsichtigt, diese Stelle nicht auszuschreiben. Für mich ist dies für eine solche Stelle nicht haltbar. Summa Summarum machen grundsätzlich die Erhöhungen der Stellen aus heutiger Sicht trotzdem Sinn. Die FDP wird mit ebenso viel Zähneknirschen wie meine Vorrednerin den Antrag unterstützen. Wir haben den Vorteil, dass der Fraktionschef Zahnarzt ist, so können wir die Schäden kurieren. Es ist aber aus meiner Sicht sowie aus Sicht der Fraktion erforderlich, dass der Stadtrat im Bereich HR seine Aufgaben korrekt erfüllt, d.h. wichtige Stellen sind grundsätzlich auszuschreiben; wenn als Ausnahme eine Stelle nicht ausgeschrieben wird, muss dies begründet werden. Rekrutierungen von Stellen in der Stadtverwaltung müssen zwingend anhand eines Anforderungsprofils erfolgen. Schlussendlich empfehle ich, dass auf Stellen auf Stufe Abteilungsleiter dringend ein Assessment durchgeführt wird.

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: Wird weiterhin das Wort gewünscht? Dies scheint nicht der Fall zu sein. Somit kommen wir zur Abstimmung.

## **Abstimmungen**

Gestützt auf den Bericht und Antrag des Stadtrats vom 28. August 2019 wird einstimmig

### b e s c h l o s s e n :

Der Einwohnerrat bewilligt eine Erhöhung des Stellenetats von aktuell 125,42 Vollzeitstellen (Plan 2019) um 5,80 Stellen auf neu 131,22 Vollzeitstellen (Plan 2020).

Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Die Frist läuft am 4. November 2019 ab.

---

## **5 Budget 2020**

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: Wie jeden Herbst gilt es, die Finanzplanung der Stadt zu prüfen. Ich danke dem Stadtrat im Namen des Einwohnerrats an dieser Stelle für die grosse Arbeit im Vorfeld. Auch wenn man sich das Eine oder Andere vielleicht etwas anders wünscht, sei es im Budget oder im Finanzplan, müssen wir uns jetzt mit den Realitäten auseinandersetzen. Diese sind nun mal wie sie sind. Umso lobenswerter ist es, dass alles von einer realistischen Planung aufgebaut ist.

Zum Vorgehen: Zuerst erfolgt die Eintretensdebatte, welche mit dem Bericht des GPFK-Präsidenten, Beat Hiller, eröffnet wird. Anschliessend können die Fraktionen Stellung beziehen und ihre Meinungen äussern. Auf die Eintretensdebatte folgt die Detailberatung zum Budget 2020. Zum Schluss stimmen wir ab. Ich möchte auch noch darauf hinweisen, dass alle Anträge der Fraktionen erst in der Detailberatung bei den jeweiligen Abteilungen eingereicht werden sollten und nicht schon in der Eintretensdebatte.

Nun übergebe ich das Wort an Beat Hiller, GPFK-Präsident.

### **Eintretensdebatte zum Budget 2020**

Sprecher ist GPFK-Präsident Beat Hiller (GLP): Im Zusammenhang mit dem Budget ist natürlich der Steuerfuss auch immer Thema. Wir haben das Thema

in der GPFK im Rahmen des Aufgaben- und Finanzplans eingehend diskutiert. Beim Steuerfuss muss man vorausschauen und nicht nur das nächste Budget im Fokus halten. Wir kamen zum Schluss, dass wir uns – aufgrund der anstehenden Investitionen – einen "Bärendienst" erweisen würden, wenn wir eine Steuerfussreduktion beschliessen würden. Klar ist, eine Steuerfussreduktion ist nicht nur finanzieller Natur, sondern hat auch einen symbolischen Wert. Kann sich eine Stadt leisten, den Steuerfuss zu reduzieren, ist es ein Zeichen nach aussen "uns geht es sehr gut, wir können uns das leisten". Wir müssten aber in den nächsten fünf Jahren rasch wieder eine Korrektur nach oben vornehmen. In der GPFK kamen wir deshalb zum Schluss, die 105 % zu belassen.

Betrachten wir das Budget 2020 ist ersichtlich, dass wir einen geplanten betrieblichen Verlust von 1,2 Mio. Franken haben, eine klare Richtungsänderung gegenüber den letzten Jahren. Das operative Ergebnis ist mit 2 Mio. Franken immer noch positiv. Es hat sich aber gegenüber 2019 halbiert resp. auf ein Drittel gegenüber 2018 reduziert. Das positive Ergebnis ist nur möglich, wenn wir die Einkommens- und Vermögenssteuer halten und die Aktiensteuer um 0,5 Mio. Franken erhöhen können. Ob dies eintrifft, werden wir sehen.

Mit dieser Entwicklung und der weiteren Betrachtung des Aufgaben- und Finanzplans sind wir auf einem schwieriger werdenden Weg. Vor allem die Investitionen in den nächsten Jahren werden uns zu schaffen machen, oder wir haben bei dem Einen oder Anderen darüber zu befinden, was wir wollen und was nicht. Gewisse Investitionen sind uns klar von anderen Organisationen aufgezwungen.

Wir haben vorher über die Personalkosten diskutiert. Von zwei Fraktionsprechern wurde die Erwartung klar kommuniziert, dass wir in Zukunft und möglicherweise im Rahmen der Optimierung für das neue Verwaltungszentrum eine Reduktion und nicht eine kontinuierliche Anpassung nach oben haben. Obwohl in der Vergangenheit das Argument des Bevölkerungswachstums im Zentrum lag, wird das Argument in den nächsten Jahren nicht mehr überzeugen. Wir gehen in den nächsten Jahren nur noch mit einem moderaten Wachstum von ca. 100 Einwohnerinnen und Einwohnern pro Jahr aus, d.h. der grosse Wachstumsschub der letzten Jahre ist vorbei. Das Budget ist für die GPFK plausibel. Ich möchte herzlich der Verwaltung, welche viel Arbeit geleistet hat, sowie der Ressort-Chefin, welche dafür geradestehen muss, danken. Ich erwarte, dass die geplanten Ausgabebehalten nicht überall ausgeschöpft werden und dass wir Ende 2020 einen kleineren betrieblichen Verlust aufweisen werden als effektiv geplant. Ein Budget ist eine Planung und nicht eine Verpflichtung, sämtliches Geld ausgeben zu müssen. Ich möchte den ganzen Stadtrat anhalten, Sorge zu tragen und bei gewissen Vorlagen, den Einwohnerrat miteinzubeziehen und das Geld nicht voll auszuschöpfen.

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: Danke, Beat Hiller. Die Diskussion zur Eintretensdebatte ist eröffnet. Wem darf ich das Wort erteilen?

Heiner Cueni (FDP): In Sachen Steuerfussenkung sind wir direkt angesprochen. Wir haben im Frühling eine Forderung aufgestellt. Grund dafür war die Bekanntgabe, dass das geplante Verwaltungszentrum anstatt eines Neubaus im Hünerwadelhaus platziert werden soll. Als Folge hätte mit Recht davon ausgegangen werden können, dass die geplanten Kosten im Finanzplan deutlich unterschritten werden. Ein Prozent des Steuerbetrags der natürlichen Personen beträgt etwas mehr als Fr. 300'000.–. So würden 3 % des Steuerbetrags einer knappen Million Franken entsprechen. Bei der Einsparung der Hälfte der geplanten Kosten, d.h. ungefähr 8 Mio. Franken wären durch die 3 %-ige Senkung im Rahmen der nächsten fünf Jahre die Mindereinnahmen problemlos kompensiert worden. Vor einem Jahr hat der Finanzplan bei den betreffenden geplanten Investitionen 36,2 Mio. Franken angegeben und bei Projekten im Bau 69,7 Mio. Franken. Der neue Plan bei den laufenden Projekten 36,6 Mio. Franken, kaum eine Veränderung. Jedoch bei den geplanten Projekten lagen wir plötzlich bei 75,7 Mio. Franken. Gesamte 7 Mio. Franken mehr, obwohl wir wissen, dass wir ungefähr 8 Mio. Franken beim Verwaltungszentrum sparen können. Offenbar hat der Stadtrat wichtige neue Bedürfnisse gefunden, in welche es zu investieren gilt, oder Projekte werden deutlich teurer als ursprünglich angenommen (z.B. Umbau Bleicherain 4, Anbau Mühlemattschulhaus, Bahnhofplatz und anderes). Mit unserer Forderung einer Steuersenkung sind wir in der Budgetierungsphase beim Stadtrat auf offene Ohren gestossen. Mindestens wurde die 3 %-tige Steuersenkung für den Zeitraum von fünf Jahren rechnerisch geprüft. Fazit: Bei den geplanten Investitionen würde die Verschuldung der Stadt bei einem tieferen Steuerfuss um rund 5 Mio. Franken steigen, was trotz dem aktuellen günstigen Zinsniveau für zukünftige Generationen nicht wünschenswert ist. Aus diesem Grunde ist eine höhere Verschuldung infolge eines kleineren Steuergeschenks zu vermeiden. Investitionen in Schulbauten und vernünftige Infrastruktur sind Investitionen in und für unsere Zukunft und sollten nicht bei Diskussionen um den Steuerfuss gefährdet werden. Die FDP-Fraktion hat sich, trotz ursprünglich anderen Wünschen, aus Gründen der Vernunft dem Stadtrat in Sachen Budget und Steuerfuss angeschlossen und stimmt diesem ohne Enthusiasmus zu. Nicht vergessen möchte ich den Dank an sämtliche involvierte Personen, welche beim Budgetprozess mitwirkten.

Daniel Blaser (CVP): Die CVP-Fraktion möchte vorab dem Stadtrat sowie der ganzen Verwaltung herzlich für die Erstellung des Budgets und die gute Dokumentation danken. Beim Durchlesen der 100 Seiten wird bewusst, wie viele Budgetpositionen es gibt und mit welchem Aufwand die Aufbereitung verbunden ist. Uns ist seit langem bewusst, dass hohe Investitionen auf Lenzburg zukommen. In der kommenden Legislatur müssen wir nun in den sauren Apfel beißen. Die Nettoschuld wird sich erhöhen, der Selbstfinanzierungsgrad wird sinken. Das Bevölkerungswachstum bringt nicht nur Einnahmen, sondern generiert auch Kosten. Es bleibt zu hoffen, dass das Kostendach vor allem bei den schlecht beeinflussbaren Positionen wie Bahnhof

oder Knoten Neuhof eingehalten werden kann. Bei allem was beeinflussbar ist, müssen wir – auch im Einwohnerrat – masshaltender werden und nicht alles vergolden, auch wenn es verlockend ist. Vielleicht können wir dann den Steuerfuss in ein paar Jahren mit gutem Gewissen senken. Die CVP-Fraktion ist für das Eintreten auf dieses Budgets.

Michael Häusermann (SVP): Die SVP-Fraktion hat das Budget 2020 lange und intensiv beraten. Im letzten Jahr hat das Budget von uns noch ein "sehr gut" erhalten. Ein Prädikat, welches wir in diesem Jahr leider nicht mehr vergeben können, da wieder mehr Wolken über dem Lenzburger Finanzhimmel aufgezogen sind. Schauen wir nach vorne in die Jahre 2023/24, dann sieht es über unserer Stadt ganz dunkel aus. Auch wir danken dem Stadtrat sowie der Verwaltung für das Budget 2020 mit den Erläuterungen, Tabellen, Grafiken und Übersichten. Wir danken auch für die Erläuterungen anlässlich des Infoanlasses im Mühlemattschulhaus und den dort abgegebenen Unterlagen. Dass der Stadtrat nächstes Jahr mit 105 % Steuerfuss rechnet, unterstützt die SVP-Fraktion. Selbstverständlich wäre auch von unserer Seite niemand traurig, wenn wir etwas weniger Steuern zahlen müssten. Jedoch aufgrund der anstehenden Investitionen in unserer Stadt, hinter welchen wir grösstenteils stehen, sehen wir keinen vernünftigen Grund, den Steuerfuss für das Jahr 2020 zu senken. Obwohl das Budget ab nächstem Jahr ein positives Gesamtergebnis von insgesamt 1,86 Mio. Franken aufweist, "schlächts kei Geiss weg", dass wir beim Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit wieder ins Minus fallen und einen Fehlbetrag von 1,157 Mio. Franken ansteuern werden. Das ist für uns nicht befriedigend. Es nützt auch wenig, wenn als Grund die grösseren Abschreibungen aufgeführt werden. Diese sind vorgeschrieben und diese müssen wir tätigen. Kommen die Eigenfinanzierungen unter 100 %, erhöhen sich die Schulden. Natürlich ist ein Eigenfinanzierungsgrad von knapp 90 % nicht so schlimm. Wir lagen auch schon tiefer. Jedoch steigen die Schulden nächstes Jahr wieder, und mehr Schulden heisst mehr Schuldzinsen. Grundsätzlich möchten wir dies vermeiden. Für uns ist es aber auch keine Lösung, die diversen Vorhaben hinauszuschieben, um eine schwarze Null zu haben. Investitionsprojekte, welche zur Erhaltung der Infrastruktur dienen, sollte man nicht hinausschieben. Im Bereich der zu erwartenden Steuereinnahmen sind wir auch nicht ganz so optimistisch. Nehmen wir die 36,25 Mio. Franken ein, ist es aus Sicht der Stadt positiv. Betrachtet man jedoch die Konjunktur, so gab es aber auch schon bessere Werte, welche uns zuversichtlicher stimmten. Wir nehmen auch zur Kenntnis, dass die SWL eine um eine halbe Million kleinere Dividende ausschüttet; eine Position, über welche wir letztes Jahr auch gesprochen haben.

Das Ferienhaus Samedan (Konto 3421) war beim Budget einmal mehr Thema. Wir investieren jedes Jahr zehntausende Franken. Für nächstes Jahr sind es Fr. 147'500.– für den Werterhalt. Wir fragen uns je länger je mehr, wofür und für wen. Wir sind der Meinung, dass der Stadtrat die Schulen endlich in die Pflicht nehmen muss. Oder aber, ein Verkauf sollte zu den heutigen Bedingungen geprüft werden. Das Resultat der damaligen Volksabstimmung heisst nicht,

dass das Haus auf ewig erhalten und betrieben werden muss. Die momentane Benutzung durch die Schule Lenzburg zeigt klar auf, wie die Schule Lenzburg und die Lehrer zum Ferienhaus stehen.

Was im Budget 2020 weiter auffällt, sind die gestiegenen Personalkosten. Einerseits in der Allgemeinen Verwaltung, andererseits steigt aber auch der Personalaufwand im Bereich der Bildung. Es ist kein Geheimnis, dass die SVP-Fraktion im Bereich Ausbau von Stellen zurückhaltend ist. Auch für uns ist grösser nicht unbedingt besser und grösser ist auch nicht automatisch effizienter! Was das Budget vom nächsten Jahr anbelangt, so haben wir uns zu einer Zustimmung durchgerungen. Mit den Stellen sehen wir es ungefähr so, wie es William Shakespeare sagte: "Wer ernten will, muss erst den Samen streuen". Die SVP-Fraktion hilft mit, den Samen zu streuen, und sagt Ja zum Budget 2020 mit mehr Stellen und dem klaren Ziel, dass die Stellenprozente besonders im Bereich der Immobilien nach der absehbaren Pensionierung des heutigen Mitarbeiters wieder sinken werden und mit dem geplanten Zusammenschluss der Verwaltung in ein Gebäude, weitere personelle Einsparungen möglich sein sollten. D.h. wir möchten die Ernten für die heutige Saat nach Inbetriebnahme des Hünenwadelhauses einfahren können. Die SVP-Fraktion sagt mit wenig Begeisterung Ja zum Budget 2020.

Franck Robin (SP): Mein Votum hätte sich eigentlich auf einen Satz beschränken können. Die SP ist der Meinung, dass der Steuerfuss unverändert auf 105 % bleiben soll. Gründe konnten wir bereits ausgiebig hören bzw. auch bereits gestern in der Presse lesen. Wir von der SP-Fraktion setzen uns für Sachpolitik ein, nicht für Symbolpolitik. Aus unserer Sicht wäre eine Steuerfuss-senkung im Moment nichts anderes als Symbolpolitik, welche uns in Schwierigkeiten bringen würde in Anbetracht der grossen Investitionen, welche auf unsere Stadt zukommen. Wie z. B. 2. Etappe Schulhaus Mühlematt, Bahnhofplatz, neues Verwaltungszentrum usw. Natürlich gibt es andere Projekte, worüber man diskutieren kann und muss. Ich bin zögerlich, wenn es darum geht z.B. in ein Projekt für Parkleitsysteme 1,34 Mio. Franken zu investieren. Insgesamt und trotz allem ist es aus unserer Sicht ein ausgewogenes Budget. Wie die Präsidentin es eingangs bereits erwähnt hat, werden wir die Weichen für das Jahr 2020 stellen und erhalten mit dem Aufgaben- und Finanzplan einen Ausblick in die kommenden Jahre. Ob die Richtung stimmt und wir deren gesellschaftlichen und umweltbezogenen Herausforderungen, die auf unsere zukünftige Generation zukommen, gerecht werden, wird sich zeigen. Die SP-Fraktion wird dem Budget 2020 sowie dem unveränderten Steuerfuss von 105 % zustimmen. Wir bedanken uns herzlich beim Stadtrat sowie den Abteilungen für das wiederum sorgfältig vorbereitete Budget.

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: Danke, Franck Robin. Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Rat? Wenn das nicht der Fall ist, schliesse ich die Eintretensdebatte, und wir gehen zur Detailberatung des Budgets über.

## **Detailberatung des Budgets 2020**

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: Wir gehen sämtliche Abteilungen durch. Beat Hiller übernimmt den Lead.

Beat Hiller (GPFK-Präsident): Eingangs zu erwähnen ist, dass die Erläuterungen zum Budget sehr verständlich und ausführlich formuliert wurden. Trotzdem gab es bei der einen oder anderen Position Fragen, auf welche wir in der GPFK vom Stadtrat entsprechende Antworten erhalten haben.

### **0 Allgemeine Verwaltung**

#### 0212.3132.00 / Externe Unterstützung

GPFK-Präsident Beat Hiller: Wir erwarten entsprechende Resultate resp. eine Entlastung der Verwaltung.

#### 0220.3010.00 / Löhne

GPFK-Präsident Beat Hiller: In diesem Betrag sind Fr. 100'000.– für temporäre Einsätze im Zusammenhang mit dem Projekt "Lenzburg21" eingestellt, um das Stadtpersonal zu entlasten.

#### 0223 / Abteilung Informatik

GPFK-Präsident Beat Hiller: Es ist eine beachtliche Position, welche insbesondere meinerseits kritisch hinterfragt worden ist. Seitens des Stadtrats kam keine klare Antwort. Es wurde aber immer wieder erwähnt, dass im Zusammenhang mit Lenzburg21 die ganze Informatik überarbeitet werden muss und entsprechende Optimierungen stattfinden, um in Zukunft nicht mehr so hohe Kosten zu haben.

### **1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung**

GPFK-Präsident Beat Hiller: Die Einnahmen von Fr. 240'000.– stehen im Zusammenhang mit der Integration der zwei neuen Repol-Gemeinden. Ein Betrag, der schon seit längerem zwischen Stadtrat und den entsprechenden Gemeinden ausgehandelt worden ist. Dieser Betrag deckt Investitionen für Ausrüstung etc., insbesondere auch für neue Fahrzeuge.

#### 1402.3010.09 / Betriebsamt

GPfK-Präsident Beat Hiller: Wir haben eine vorübergehende Pensenerhöhung von 50 %. Es wurde uns zugesichert, dass diese bis Mitte des nächsten Jahrs dauert, wenn der Krankheitsfall der IV übergeben werden kann und somit die Mehrkosten nicht mehr weiter anfallen.

## **2 Bildung**

GPfK-Präsident Beat Hiller: Im Zusammenhang mit dem Lehrplan21 sind Kosten aufgeführt. Es wurde diskutiert, dass die Kostenneutralität, welche uns der Kanton im Zusammenhang mit dem Lehrplan21 versprochen hat, nicht eintreten wird. D.h. wir werden mit der Umstellung des Lehrplans21 auch in den Folgejahren weiterhin mit entsprechenden Mehrkosten rechnen müssen.

## **3 Kultur, Sport und Freizeit**

### 3421.3480.80 / Ferienhaus Samedan

GPfK-Präsident Beat Hiller: Es ist unschön, wenn man immer Geld ausgibt. Der Stadtrat hat klar mitgeteilt, dass im Moment Abklärungen getroffen werden, den Marktwert zu eruieren. Man spürt, dass der Stadtrat die Absicht verfolgt, das Ferienhaus so rasch wie möglich zu verkaufen, um in den weiteren Jahren nicht mehr über diesen Punkt diskutieren zu müssen. Wir wünschen dem Stadtrat viel Erfolg, das Ferienhaus zu einem bestmöglichen Preis verkaufen zu können. Ich denke, es gehört nicht zur Aufgabe einer Stadt, ein Ferienhaus zu betreiben.

## **4 Gesundheit**

GPfK-Präsident Beat Hiller: Die immer höheren Kosten sind fremdbestimmt, welche wir auf der Ebene Stadt Lenzburg nicht beeinflussen können.

## **5 Soziale Sicherheit**

### 5452.3637.00 / Beiträge an private Haushalte; Kinderbetreuung

GPfK-Präsident Beat Hiller: Es ist der gleiche Betrag wie im Budget 2019 eingestellt. In der Rechnung 2018 war ein sehr kleiner Betrag eingestellt. Der Stadtrat hat erklärt, dass erste Korrekturen erst nach einem Jahr resp. nach Ablauf des Schuljahrs 2019/20 gemacht werden können. Es wird erst auf das Budget 2021/22 möglich sein, über reale Zahlen zu diskutieren. Ende 2019 sieht man, wie sich die Zahlen entwickeln, und Andreas Schmid kann allenfalls

entsprechende Ausführungen machen. Es ist eine langfristige Thematik und es sind keine kurzfristigen Korrekturen möglich.

#### 5720.4260.00 / Wirtschaftliche Hilfe

GPFK-Präsident Beat Hiller: Wir verzeichnen einen Anstieg von 4,7 %. Wir erhoffen, dass eine Korrektur nach unten vorgenommen werden kann. Es ist uns bewusst, dass Lenzburg eine gewisse Zentrumsfunktion aufweist und somit entsprechende Fälle anzieht. Wir können diesen Betrag nicht beeinflussen. Das Problem wird in den nächsten Jahren sein, dass wir Personen für eine vorübergehende Zeit aufnehmen müssen, welche aus den Unterstützungsbeiträgen des Bunds hinausfallen und somit die Gemeinden die Kosten übernehmen müssen.

#### 5790.3132.00 / Honorare Externe Berater, Gutacher

GPFK-Präsident Beat Hiller: Die Investitionen in Anwälte, welche IV-Fälle behandeln, können viel Positives bewirken. Wenn negative IV-Entscheide über Personen, welche der wirtschaftlichen Hilfe zur Last fallen, erfolgreich angefochten werden, entlastet dies die unsere Stadtkasse.

Yvonne Bernasconi (SP): Gerne würden wir von der SP-Fraktion vom Stadtrat wissen, ob eine Evaluation der Kinderbetreuung stattgefunden hat. Vor einem Jahr wurde uns dies versprochen. Explizit würde uns interessieren, wie hoch die Auslastung der einzelnen Betreuungsorte ist und ob sich diese nach dem neuen Subventionsmodell verändert hat. Interessieren würde uns auch das Feedback von den Nutzniessenden und ob weitere Angebote geplant sind, falls diese überhaupt benötigt werden. Aus den Budgetunterlagen ist zu entnehmen, dass die Anzahl der Kinder an der Regionalschule in Lenzburg weiterhin steigen wird. Was gedenkt der Stadtrat diesbezüglich zu unternehmen? Danke.

Andreas Schmid (Stadtrat): Danke für die Anfrage. Wir haben die Überprüfung des Subventionierungssystems, auch aufgrund der Vorstösse der CVP, auf das 1. Quartal 2020 in Aussicht gestellt. Um die Zahlen auswerten zu können, benötigen wir ein ganzes Betriebsjahr. Da wir im ersten Semester 2018 relativ wenig Gesuche hatten, hatten wir eine bessere Auslastung erst Ende 2018/Anfang 2019. Wie damals schon erwähnt, möchten wir nun Ende 2019 die Überprüfung anhand des Kalenderjahrs vornehmen. Es ist ein klares Zeichen, welches der Stadtrat gesetzt hat, indem er den gleichen Betrag wieder im Budget 2020 eingesetzt hat. Betrachtet man das Controlling, sieht man, dass wir den im Budget 2019 eingesetzten Betrag deutlich unterschreiten werden. Es ist aber nicht Absicht des Stadtrats, Einsparungen in diesem Bereich zu machen. Was auch erwähnt werden muss, ist, dass wir mit hoher Wahrscheinlichkeit die budgetierten Fr. 585'000.– im nächsten Jahr nicht ausschöpfen werden, da das System auf das Schuljahr 2020/21 angepasst wird. Das erste Halbjahr lief nach dem alten System, im Wissen, dass der

budgetierte Betrag nicht ausgeschöpft wird. Nach der Evaluation Ende 2019 werden wir wieder informieren.

## **6 Verkehr und Nachrichtenübermittlung**

### 6151.3130.01 / Parkleitsystem

GPFK-Präsident Beat Hiller: Es sind Fr. 30'000.– für die Planung eingestellt. Parkleitsysteme sind grundsätzlich gute Einrichtungen, wenn es darum geht, Suchverkehr zu reduzieren. Wir erachten es als wichtig, wenn ein Problem in Lenzburg besteht, dass etwas unternommen wird.

## **7 Umweltschutz und Raumordnung**

*Keine Wortmeldungen.*

## **8 Volkswirtschaft**

### 8400.3130.01 / Crossiety

GPFK-Präsident Beat Hiller: Der Stadtrat ist überzeugt, dass die Stadt Lenzburg damit einen guten Dienst gegenüber den Einwohnerinnen und Einwohnern bietet. Abschliessend urteilen kann man erst nach einer gewissen Betriebsdauer. Crossiety ist seit diesem Jahr in Betrieb, und Lenzburg ist eine Pilotgemeinde. Aus diesem Grund muss es nächstes Jahr budgetiert werden. Dieses Jahr kostet es noch nichts und wird im Rahmen der Neuen Regionalpolitik (NRP) finanziert.

## **9 Finanzen, Steuern**

GPFK-Präsident Beat Hiller: Wir hoffen, dass die Steuereinnahmen so eintreten, wie sie budgetiert sind.

## **10 Erfolgsrechnung Artengliederung**

### 301.3020 / Mehrkosten Personalaufwand

GPFK-Präsident Beat Hiller: Wir haben heute Stellen genehmigt, welche Mehrkosten mit sich bringen, sowie eine leichte Saläranpassung, welche der Stadtrat geplant hat.

## **11 Investitionsrechnung**

GPFK-Präsident Beat Hiller: Im Zusammenhang mit der Sportanlage Wilmatten und dem Beitrag der Gemeinde Staufen haben wir nachgefragt, warum bei dieser Position kein Betrag eingesetzt wurde. Es wurde zugesichert, dass ein Betrag gesprochen wird. Der Stadtrat hat bewusst diese Position offengelassen, da die Gemeindeversammlung von Staufen noch nichts bewilligt hat.

## **12 Kreditkontrolle**

GPFK-Präsident Beat Hiller: Wir haben uns die Mühe genommen, darauf zu achten, Projekte, welche ein 10-Jahr-Jubiläum "feiern", zeitgemäss abzuschliessen, um nicht eine unangenehme Überraschung zu erleben. Einerseits die Seetalbahneinführung, bei welcher wir hoffen, das Projekt baldmöglichst abschliessen zu können und andererseits 7201.5620.01 RKB Unterdorf in Niederlenz. Auch hier besteht der Wunsch der GPFK an den Stadtrat, das Projekt zeitnah abzuschliessen.

GPFK-Präsident Beat Hiller: Die GPFK hat einstimmig dem Budget zugestimmt und empfiehlt dem Einwohnerrat, das Budget 2020 zu genehmigen, sowie den Steuerfuss auf 105 % festzusetzen.

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: Gibt es noch weitere Wortmeldungen? Wenn niemand das Wort wünscht und keine offenen Fragen sind, hätten wir die Details zum Budget 2020 fertig beraten und kommen zur Abstimmung.

## **Abstimmung**

Gestützt auf den Bericht und Antrag des Stadtrats vom 21. August 2019 wird einstimmig

b e s c h l o s s e n :

Das Budget der Einwohnergemeinde für das Jahr 2020 wird genehmigt und der Steuerfuss auf 105 % (wie bisher) festgesetzt.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 4 lit. c der Gemeindeordnung dem obligatorischen Referendum. Die Volksabstimmung findet am 24. November 2019 statt.

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: Auch von meiner Seite danke ich allen recht herzlich für die Arbeit, welche sie im Zusammenhang mit dem Budget geleistet haben. Ein Dank auch an Beat Hiller sowie der gesamten GPFK, welche eine spezielle zentrale Rolle übernommen haben. Danke vielmals.

---

## **6 Aufgaben- und Finanzplanung 2020 bis 2024; Kenntnisnahme**

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: Den Aufgaben- und Finanzplan nehmen wir lediglich zur Kenntnis, d.h. eine Abstimmung entfällt. Ich übergebe das Wort dem GPFK-Präsidenten, Beat Hiller.

GPFK-Präsident Beat Hiller: Als ich den Aufgaben- und Finanzplan angeschaut habe, dachte ich, dass ich das letztjährige Manuskript hervorheben könnte, welches ich für die Besprechung des Aufgaben- und Finanzplans benötigte. Es sind dieselben Kernaussagen. Wie bereits im letzten Jahr gesehen, wird es graue bis dunkelgraue und sogar schwarze Wolken über der Finanzwelt der Stadt Lenzburg geben. Bezüglich Investitionen sind es klare Aussagen: Verschuldung. Auf der anderen Seite nimmt die Einnahmenseite nicht entsprechend zu. Somit kann nicht gesagt werden, dass der Eigenfinanzierungsgrad hochgehalten werden kann oder die Nettoschuld der Stadt nicht entsprechend zunimmt. Wir haben in der Betrachtungsperiode eine Einnahmequelle, welche irgendwann versiegen wird: Die GPFK war sich in der Besprechung mit dem Stadtrat einig, dass zumindest in dieser Betrachtungsperiode die 1,4 Mio. Franken der SWL noch möglich sein werden. Man muss sich bewusst sein, dass die Gasmarktöffnung, welche man auf 2023 plant, Auswirkungen haben wird. Ebenfalls werden die Heiztage in der Tendenz eher abnehmen. Auch für mich ist es nicht schön, dass wir gewisse Investitionen einfach zur Kenntnis nehmen müssen, diese aber anderswo entschieden werden. Bei den geplanten Projekten sehen wir im Rahmen der Schulraumerweiterung eine Investition von gesamthaft 8,5 Mio. Franken. Dieser Betrag teilt sich einerseits auf die Bleiche und Etappe 2 des Mühlemattschulhauses. Es ist klar: Bildung soll und muss uns etwas kosten. 8,5 Mio. Franken sind natürlich für eine Stadt wie Lenzburg eine grosse Investition. Es wird sicher im Rahmen der Diskussion im Einwohnerrat über diese Geschäfte

die eine oder andere Frage gestellt. Weiter haben wir uns die Frage betreffend die Oberstufe gestellt. Hier sind keine Investitionen geplant. Der Stadtrat hat uns informiert, dass diese Stufe flexibler ist und mit gewissen Schulräumen von Nachbargemeinden gearbeitet werden kann wie z.B. Möriken-Wildegg.

Beim Werkhof stellten wir uns die Frage, ob noch Einsparungen möglich seien. Der Stadtrat informierte, dass er bemüht sei, eine günstige Lösung anzustreben.

Projekt Verwaltungszentrum von 6,5 Mio. Franken: Früher war schon einmal ein noch höherer Betrag eingesetzt. Es würde uns freuen, wenn das Projekt schlussendlich günstiger realisiert werden kann.

Beim Verkauf von Liegenschaften haben wir uns gefragt, ob es gut ist, dass wir diese verkaufen. Es sind einmalige Einnahmen, die Objekte sind dann aber weg. Wir haben keinen Einfluss und keine Mieteinnahmen mehr.

Bei den Kantonsstrassen ist der Kanton führend, und wir können nur zahlen. Der Stadtrat kann zwar bezüglich der Kosten mitsprechen, jedoch nur in einem sehr kleinen Rahmen. Insbesondere bei der Freiämterkreuzung geht es nicht nur um den Kreuzungsbereich, sondern um die Strecke von der Grenze Niederlenz bis zur Berufsschule. Es wird alles saniert, und aus diesem Grunde ist auch der eingesetzte Betrag, welcher der Stadt zufällt, nachvollziehbar.

Projekt Bahnhof/Bahnhofplatz: Hier ist ein Betrag eingestellt, welcher nicht reichen wird. Meine persönliche Einschätzung liegt bei 20 bis 25 Mio. Franken, welche der Stadt Lenzburg zu Buche fallen werden.

Die GPFK hat den Aufgaben- und Finanzplan zur Kenntnis genommen. Danke.

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: Danke, Beat Hiller. Die Diskussion ist offen, wem darf ich das Wort geben?

Beatrice Taubert (SP): Ich möchte mich für den Aufgaben- und Finanzplan 2020 – 2024 bedanken. Es ist immer spannend zu sehen, welchen Weg die Stadt gedenkt einzuschlagen und welche Hoch- und Tiefbauprojekte 1. Priorität haben. Bei den geplanten Erneuerungen wird ja nicht bloss Geld ausgegeben, es werden vor allem auch neue Werte geschaffen. Die Grundstücke der Stadt sollen nachhaltig bewirtschaftet und nicht verkauft werden. Leider hat die Stadt in den letzten Jahren schon einige Parzellen an Privatbesitzer weitergegeben. Im Jahr 2022/23 plant die Stadt wieder drei Parzellen zu verkaufen. Diese sind zwar bereits überbaut, jedoch mitten in der Ringzone und an strategisch gut gelegenen Orten. Die SP bittet den Stadtrat, sich diese Verkäufe gut zu überlegen, bevorzugt aber, wenn diese im Eigentum der Stadt bleiben. Das Buch "Boden behalten, Stadt gestalten" lege ich dem Stadtrat ans Herz. Boden ist sehr begehrt, wertsicher und nicht mehr vermehrbar. Danke.

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: Danke, Beatrice Taubert. Wem darf ich weiter das Wort geben? Wenn dieses nicht gewünscht wird, dann können wir die Diskussion schliessen.

Den Aufgaben- und Finanzplan 2020 - 2024 nehmen wir zur Kenntnis.

---

## **7 Einwohnerrat; Tagungsort des Einwohnerrats**

Sprecher der GPFK ist Stephan Weber (FDP): Dieses Geschäft gab in der GPFK nicht viel zu diskutieren. Bereits nach einem Votum kam es zur Abstimmung. Die GPFK unterstützt grossmehrheitlich die Empfehlung des Stadtrats. Die Vorlage ist aus zwei Gründen einzigartig: Der Einwohnerrat wird heute Abend zum ersten Mal darüber abstimmen können, wo inskünftig getagt werden soll. Seit 1972 hat man in der Aula der Bezirksschule/Aula Bleicherain getagt. Aufgrund von baulichen Massnahmen hat man den Tagungsort 2017 ins Westquartier verlegt. Andererseits (zweiter Aspekt warum einzigartig), kosten Vorlagen etwas, wenn sie angenommen werden. Diese Vorlage würde aber etwas kosten, wenn sie nicht angenommen würde, nämlich rund Fr. 16'000.--. Einerseits schätze ich die Traditionen, da ich Traditionalist bin. Andererseits ist es so, dass die Infrastrukturanforderungen, welche für eine Einwohnerrats-sitzung notwendig sind, in der Aula Bleicherain nicht erfüllt sind. In diesem Fall bin ich Rationalist und sage ja, es war schön in der Bezirksschule, aber die Vernunft sagt, wir müssen inskünftig hier tagen, weil der zusätzliche Aufwand, welcher betrieben werden muss, um am alten Ort zu tagen, zu gross ist. Die GPFK hat mehrheitlich der Empfehlung zugestimmt. Die FDP-Fraktion unterstützt die Empfehlung. Danke.

Michael Häusermann (SVP): Die Pflege von Traditionen ist nicht einfach ein stures Festhalten an Altem. Es ist nicht das Aufbewahren von Asche, sondern das Aufrechterhalten einer Flamme. Dies sind nicht meine Worte. Sie haben aber für mich zu diesem Traktandum gepasst. Meine Anfrage hatte dem Stadtrat oder einem Teil davon nicht "gepasst". Die ablehnende Haltung spürt man auch in den aufgeführten Gründen in der Vorlage. Es sind weitgehend die Gründe, welche Stadtmann Daniel Mosimann bereits im Juni vorgetragen hatte. Gehen wir etwas in der Geschichte zurück: Der Einwohnerrat tagte seit seiner Gründung 1972 in der Aula des ehemaligen Bezirksschulhauses (heute Schulhaus Bleicherain). Vor dem Einwohnerrat fanden die Gemeindeversammlungen in der Turnhalle Mühlematt statt. Die Versammlungsorte von

Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Lenzburg - und mittlerweile seit 1972 deren Volksvertreter - hatten eine jahrzehntelange Tradition im Bereich der Schulanlagen Angelrain, Mühlematt, Bleicherain. Dass der Einwohnerrat anlässlich der Sanierung des Bleicherainschulhauses in ein anderes Lokal wechseln musste, ist nachvollziehbar und nicht Auslöser für eine Kritik. Was jedoch danach passierte, ist aus meiner Sicht weniger schön. Der Stadtrat hat für sich selber entschieden, dass die Einwohnerratssitzungen im Lenzhard bleiben sollen, ohne dass die Betroffenen (wir vierzig) je einmal darauf angesprochen oder informiert wurden. Die Kommunikation ist ein schwieriges Thema bei der jetzigen Zusammensetzung des Stadtrats. Dies erleben wir von Jahr zu Jahr. Wenn der Stadtrat in seiner Vorlage darlegt, dass bei einem Wechsel ins Bleicherainschulhaus Tische angeschafft werden müssen, geht meine Frage an den Stadtrat: Wo sind die Tische, an welchen wir bis Ende 2016 sassen? Aus meiner Sicht waren diese nicht defekt, und es müssten nicht Neue angeschafft werden. Wird in der Vorlage aufgeführt, dass bei einem Wechsel die Tische in der Aula gelagert werden müssen, frage ich in die Runde, ob schon einmal jemand von Ihnen in der Rathausgasse oder im Gemeindesaal gesehen hat, dass Markttische gelagert werden. Vermutlich nicht, denn diese Tische werden Woche für Woche in die Rathausgasse, resp. den Gemeindesaal getragen und wieder wegtransportiert. Aber die Tische für den Einwohnerrat müssen genau in der Aula gelagert werden und stören auch noch jedes Konzert. Wenn in der Vorlage als Argument für den Verbleib hier draussen auch noch die Nähe der Oberstufe in Verbindung mit dem Lehrplan21 genannt wird, so muss ich entgegnen: Blicken Sie über unsere Stadtgrenze hinaus, blicken Sie nach Aarau. In Aarau tagt der Einwohnerrat im Grossratsgebäude. In Brugg tagt der Einwohnerrat im Rathaussaal. Ich kann mir beim besten Willen nicht vorstellen, dass die Einwohnerräte von Aarau oder Brugg wechseln werden aufgrund des Lehrplans21. Kolleginnen und Kollegen, selbstverständlich sind Sie frei beim Wählen des Tagungsorts, die Kapitulation wird vermutlich kommen. Ich schaue ihr mit einem Lachen entgegen. Ich finde, dass die jahrzehntelange Tradition des Tagungsorts im Bereich Bleicherein nicht einfach aufgegeben werden soll. Es gibt keine Herausforderung, welche nicht gelöst werden kann, wenn man es möchte. Die angesprochenen Kosten sind keine wirklichen Kosten. Wenn man schaut, wofür wir Geld ausgeben. Wir sind die Vertreter der Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Lenzburg. Diese Kosten sind kein Aufwand, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich bitte, gebt dem Bleicherain eine Stimme und lasst die Flammen aufrechterhalten. Besten Dank. [spontaner Applaus des Einwohnerrats]

Daniel Blaser (CVP): Das Votum von Michael kann ich wahrscheinlich nicht übertreffen. Eigentlich war die gesamte Bauplanung vom Schulhaus darauf ausgelegt gewesen, die Einwohnerratssitzungen wieder in der Aula Bleicherain abhalten zu können. Es hiess, wir sind bis zum Bauende provisorisch im Lenzhard. Jetzt müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass dies nur mit erheblichem Mehraufwand möglich wäre. Dies scheint uns etwas suspekt. Die CVP-Fraktion kann mit dem Tagungsort Lenzhard gut leben, bedauert aber, dass die Kommunikation der verantwortlichen Stellen gegenüber der Begleitkommission Schulhausbauten und dem Einwohnerrat nicht eindeutig genug

war, bzw. überhaupt nicht stattfand. Die CVP-Fraktion schliesst sich aber der Empfehlung des Stadtrats an.

Martin Killias (SP): Eigentlich wollte ich nichts sagen, aber es juckt mich als Alt-68-er bei diesem Diskurs. Man hat in vielen Kantonen in den letzten 20 Jahren Gerichte reformiert und meistens im Sinne einer Fusion verschiedene kleinere Bezirksgerichte zu einem Regionalgericht zusammengeführt. In meinem früheren Wohnkanton Waadt befand sich das Gericht des Bezirks Échallon im wunderschönen Schloss; der Gerichtssaal – wunderschön aus der Zeit der burgundischen Herzogen. Ich muss Ihnen sagen, dass in diesem Saal jede Scheidung ein gesellschaftliches Ereignis war. Im Zusammenhang mit der Fusionierung wurde das Gericht in die Kaserne von Yverdon verlegt. Dies war ein Statusverlust und auch ein Lebensqualitätsverlust für die Personen, welche dort arbeiten mussten. Wir haben doch auch hier in Lenzburg eine historische Bausubstanz, welche es Wert ist. Der Antrag "Tagungsort Bleicherain" von Michael Häusermann ist viel zu bescheiden. Der Einwohnerrat sollte im Alten Gemeindesaal tagen, dies wäre ein adäquater Rahmen. Damit möchte ich sagen, der Stadtrat soll doch bitte einen würdigeren Rahmen andenken. Wir können sicherlich noch eine Weile hierbleiben aber nach einer Anpassungsphase denke ich, wäre der Alte Gemeindesaal ein wesentlich besserer Rahmen.

Lukas Häusler (Grüne): Ich möchte eigentlich auch nichts sagen, aber ich erachte es hier als einen durchaus würdigen Rahmen. Die meisten Einwohner-rätinnen und -räte wohnen im Osten. Ich gehöre auch dazu, und ich wäre froh, wenn man mehr Einwohnerrätinnen und -räte im Westen rekrutieren könnte. Daher ist der Ort hier im Lenzhardschulhaus der Richtige.

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

## **Abstimmung**

Gestützt auf den Bericht des Stadtrats vom 28. August 2019 wird mit 23 Ja-Stimmen gegen 12 Nein-Stimmen, bei 5 Stimmenthaltungen,

b e s c h l o s s e n :

Der Einwohnerrat spricht sich für eine Beibehaltung des Tagungsorts "Aula Lenzhard" aus.

Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Die Frist läuft am 4. November 2019 ab.

---

## **8 Schwimmbad Walkematt; Ersatz Folienabdichtung 50-Meter-Becken; Bauabrechnung**

GPFK-Sprecherin ist Corin Ballhaus (SVP): Das Projekt war im Aufgaben- und Finanzplan erst im Jahr 2023 vorgesehen. Nach der Sommersaison 2018 hat man festgestellt, dass die Folie im 50-Meter-Becken früher ersetzt werden muss. Der Stadtrat hat im Oktober 2018 dem Ersatz der Folie zugestimmt. Über den Sachverhalt und Entscheid wurde die GPFK durch den Stadtrat zeitnah informiert. Da die Arbeiten im Wintersemester durchgeführt werden konnten, konnte man von einer günstigeren Offerte für den Folienersatz profitieren. Es haben sich dann doch unvorhergesehene Mehrkosten ergeben, da man beim Foliensabbau Mängel am Beckenboden und Beckenrand festgestellt hat. Alles in allem resultierten gegenüber diesem Betrag von Fr. 200'000.–, welcher für den Folienersatz eingestellt war, Mehrkosten von lediglich Fr. 9'357.–. Die sieben Belege wurden einwandfrei verbucht. Wir danken für die wie immer gute Arbeit von Marc Lindenmann. Die GPFK empfiehlt dem Einwohnerrat einstimmig die Annahme der Bauabrechnung.

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: Danke, Corin Ballhaus. Die Diskussion ist eröffnet, wem darf ich das Wort erteilen? Wenn keine Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

### **Abstimmung**

Gestützt auf den Bericht und Antrag des Stadtrats vom 7. August 2019 wird einstimmig

b e s c h l o s s e n :

Der Einwohnerrat genehmigt die Bauabrechnung für den Ersatz der Folienabdichtung des 50-Meter-Beckens im Schwimmbad, schliessend mit Aufwendungen von Fr. 209'357.00.

Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Die Frist läuft am 4. November 2019 ab.

---

## **9 Schriftliche Anfrage von Martin Geissmann (GLP); Schulraumplanung Lenzburg; Beantwortung durch den Stadtrat**

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: Zur Beantwortung der Fragen übergebe ich das Wort an Stadtmann Daniel Mosimann.

Daniel Mosimann (Stadtmann): Vielen Dank für die Anfrage. Ich denke, das Thema Schulraum und Schulraumplanung wird nie abgeschlossen sein. Der Stadtrat beantwortet die Fragen wie folgt:

1. *Wird es - aufgrund der bekannten Bevölkerungsstatistik - in absehbarer Zeit zusätzliche Schulbauten (fix oder Provisorien) brauchen?*

Die Volksschule im Kanton Aargau, und damit auch die Schule Lenzburg, befindet sich in einem Entwicklungsprozess, der verschiedene Aspekte betrifft (neue Unterrichtsformen und Teamarbeit der Lehrpersonen, Arbeitsplätze für die Lehrpersonen, Tagesstrukturen, Integrative Schulung, Lehrplan 21, Fremdsprachen-Unterricht, Informatik).

Die Bevölkerung der Stadt Lenzburg und damit die Zahl der Schülerinnen und Schüler sowie die Inanspruchnahme der schulergänzenden Kinderbetreuung nehmen zu. Aus diesen Gründen sind die stetige Beobachtung und gegebenenfalls Neubeurteilung des Raumbedarfs für Schule und Betreuung eine Notwendigkeit.

Dringender Handlungsbedarf besteht bei den Kindergärten und in der Primarschule.

Die Arbeitsgruppe Schulraumplanung hat im letzten Frühling ihre Tätigkeit aufgenommen und erarbeitet verschiedene Lösungsansätze.

Die Umnutzung der Bleiche für die Tagesstrukturen wird notwendig sein und führt eine erste Entlastung in der Schulanlage Angelrain herbei. Aber es werden weitere Massnahmen notwendig sein, um den Schulraumbedarf in der Schulanlage Angelrain und anschliessend an der Oberstufe decken zu können.

2. *Wie sieht generell die Schulraumplanung des Stadtrats kurz-, mittel- und langfristig aus?*

### **Kurzfristige Planung**

#### **Kindergarten Primarschule**

In der Schulanlage Angelrain muss die Bleiche bereitgestellt werden. So können die Tagesstrukturen und der Mittagstisch aus dem Schulhaus Mühlematt ausziehen und damit 2,5 Schulzimmer für die Schule frei machen. Es muss damit gerechnet werden, dass die Nachfrage nach

Betreuungsplätzen und Plätzen am Mittagstisch zunehmen wird. Mit der Sanierung der Bleiche zu Gunsten der Tagesstrukturen kann auf die gestiegene Nachfrage reagiert werden. Zudem kann mit dem Bereitstellen von Räumlichkeiten für den Fachbereich Gestalten im EG der Bleiche kurzfristig dringend benötigter Schulraum geschaffen werden; dadurch werden die beiden Schulanlagen Lenzhard und Angelrain entlastet.

### **Oberstufe**

Die Schülerinnen und Schüler der Primarstufe verteilen sich beim Eintritt in die Oberstufe auf drei Leistungszüge (Real, Sek, Bez) mit je 2 – 4 Klassen pro Jahrgang (in der Regel 2 Real-, 3 Sekundar- und 4 Bezirksschulklassen). Auf Grund der erhobenen Geburtenzahlen in Lenzburg und den umliegenden "Zuliefergemeinden" kann Stand heute mit einer Abteilungsanzahl von 27 – 28 Oberstufenabteilungen gerechnet werden. Eine Zusammenarbeit mit Möriken-Wildegg für die Übernahme von Bezirksschülerinnen und -schülern aus Rapperswil auf das Schuljahr 2020/21 muss angestrebt werden. Eine 5-fach Führung der Bezirksschule kann so vorerst verhindert werden.

### **Turnhallen**

Die Kapazitäten der 6 Turnhallen reichen knapp. Eine Entspannung der Situation würde eine Belegung der Turnhallen am Mittwochnachmittag durch Oberstufenklassen bringen. Die Schulleitung des Oberstufenzentrums Lenzhard macht sich über die Aufhebung des freien Mittwochnachmittags Gedanken und wird diese in zukünftige Stundenplanungen miteinbeziehen.

## **Mittelfristige Planung**

### **Kindergarten Primarschule**

Die Planung der zweiten Etappe Mühlematt mit einem zusätzlichen Kindergarten, 8 Klassenzimmern und 4 Gruppenräumen muss zeitnah angegangen werden. Ebenso sollen vertiefte Überlegungen zur Realisierung einer Tagesschule Lenzburg gemacht werden. Die Tagesschule ist ein zukunftsträchtiges Modell, welches den Eltern das Organisieren von Beruf und Familie erleichtert und auch dem Fachkräftemangel entgegenwirken kann.

### **Oberstufe**

Eine Umnutzung der Schulräume der HPS für die Oberstufe und die Standortfrage der HPS müssen geprüft werden. Die Verkürzung der Maturitätsdauer muss in die Überlegungen der Schulraumplanung einfließen, denn dieses Projekt, wenn es denn lanciert wird, hat eine eigentliche Oberstufenreform zur Folge mit Auswirkungen auf die bestehenden Strukturen.

## **Langfristige Planung**

Der Stadtrat will ein langfristiges Arbeitspapier erarbeiten, das die Schüler- und Abteilungsprognosen mit den Auswirkungen auf den Schulraum aufzeigen soll.

3. *Bezieht der Stadtrat das freiwerdende KV-Schulhaus oder einen eventuellen Kanti-Neubau in diese Planung mit ein?*

Das freiwerdende KV-Schulhaus spielt bei der derzeitigen und zukünftigen Schulraumplanung keine Rolle. Das bestehende KV-Schulhaus ist mit den bestehenden 15 Schulzimmern für die Primarschule zu gross konzipiert, zudem fehlen diverse Gruppenräume, und die Umgebung (Aussenraum) ist nicht für Primarschülerinnen und -schüler konzipiert.

Der Kanti-Neubau, so er denn in Lenzburg zu stehen kommt, wird so weit wie möglich in die Überlegungen der Schulraumplanung miteinbezogen. Zu prüfen ist sicher die Turnhallensituation sowie eine allfällige Verkürzung der Schuldauer bis zur Maturität. Wenn dieses Projekt von Seiten Kanton (BKS) angegangen wird, sprechen wir primär von einer Oberstufenreform, deren Auswirkungen zurzeit noch nicht abschätzbar sind.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass das Bevölkerungswachstum und die Steigerung der Schülerzahlen schneller vorangeschritten sind, als erwartet. Deshalb ist die kontinuierliche Beobachtung und Beurteilung des Schulraumbedarfs eine Daueraufgabe der Schulführung und des Stadtrats.

Martin Geissmann (GLP): Vielen Dank an Daniel Mosimann, an den Stadtrat und alle Beteiligten, welche mitgearbeitet haben und in relativ kurzer Zeit die Beantwortung geliefert haben. Es ist spannend, und es ist tatsächlich viel passiert. Das Thema, dass wir mehr Schulraum benötigen, war sicherlich den "Eingeweihten" bekannt. Uns ist völlig klar, dass man nicht immer genau weiss, wie viele Kinder kommen. Ich war erstaunt, dass ihr über eine solche Schülerzunahme überrascht wart. Die Auswirkungen der grossen Bautätigkeit in Lenzburg waren absehbar. Planerisch etwas unschön ist, dass wir ziemlich genau ein Jahr nach Inbetriebnahme der ausgebauten Schulen wieder über dieses Thema hier diskutieren. Die beiden Projekte (Bleiche und Mühlematt) werden 8,5 Mio. Franken auslösen.

Noch ein paar Anmerkungen, keine Zusatzfragen, zu den Antworten. Wir lernen ein paar sehr spannende Aspekte in der Antwort wie z. B. Tagesschulen und was in diese Richtung geplant ist.

Dringender Handlungsbedarf: Was bedeutet dringend? Ich habe verstanden, dringend bedeutet dieses und nächstes Schuljahr. Diese Antwort ist abgestützt auf das Schulhaus Bleiche. Falls wir hier die Investitionen für den Ausbau der Bleiche bewilligen, wird das Haus ca. 2021/22 bezugsbereit sein. Ich sehe es als nicht dringender Lösungsansatz. Meine Frage: Wurden Alternativen geprüft? Es gäbe mobile Provisorien, welche auch in anderen Städten zum

Einsatz kommen und kurzfristig platziert werden können. Was machen die Schulen in den nächsten drei Jahren? Ich kann es nicht unterlassen, auch die guten alten Pavillons zu erwähnen. Diese haben 30 Jahre gehalten. Sie wurden ohne zwingenden Grund abgeräumt. Man hätte sechs Räume zur Verfügung gehabt. Diese waren brauch- und nutzbar. Dass man diese abbricht und 12 Monate später sagen muss, man benötigt mehr Platz und Raum, ist auch etwas fragwürdig.

Der Zusammenarbeitsvertrag mit Möriken-Wildegg ist eine gute Idee, sowie dass die Regionen genutzt werden, um die Schulen gut zu besetzen.

Turnhallen sollte man immer im Blick behalten. Diese reichen heute knapp. Einige Sportvereine müssen sogar auswärts anfragen. Was ich in diesem Zusammenhang nicht verstanden habe ist, weshalb die Aufhebung des schulfreien Mittwochnachmittags mehr Kapazitäten bringen sollte.

Mittelfristige Planung: Sehr positiv ist, dass man auch an die Tagesschulen denkt.

Aus dem KV-Schulhaus ein Verwaltungszentrum zu machen, ist eine gute Idee. Was ein Gedanke wert gewesen wäre, ob dieses Schulhaus als Provisorium hätte genutzt werden können. Bezüglich Pausenplatz gebe ich euch recht. Dieser ist nichts Schönes aber mit ein paar Bäumen und Sträuchern hätte der Platz verschönert werden können.

Wir hoffen das Beste, vor allem für die Schülerinnen und Schüler, für die Lehrerschaft und die Schulen, da alles kurzfristig auf ein Projekt abgestützt wird, welches noch nicht bewilligt wurde. Dass mittel- und langfristig die Planung der Schulen im Auge behalten wird, wird begrüsst.

Daniel Mosimann (Stadtammann): Bei der angedachten Planung kommt die Primarschule nicht in einen Schulraumnotstand. Man kann auf das Schuljahr 2021 den neu geplanten Kindergarten im ehemaligen Schülerhaus unterbringen, und erst ein Jahr später kommt ein weiterer Kindergarten. Man hätte weitere Schulräume, wenn die Tagesstrukturen aus dem Schulhaus Mühlematt ausziehen. Würde der Einwohnerrat die Sanierung Bleiche ablehnen, müssten wir mit Provisorien arbeiten.

Zum einen haben wir Tagesstrukturen im Schulhaus Mühlematt, welche im Moment aus allen Nähten platzen. Man benötigt mehr Platz, damit auch der Mittagstisch stattfinden kann. Es werden zum Teil auch die Sitzungszimmer beansprucht. Die erwähnten Pavillons würden für dieses Problem nichts nützen. Für den Mittagstisch müsste auf jeden Fall mehr Platz geschaffen werden, was in der Bleiche angedacht ist. Es ist auch zu erwähnen, dass die Pavillons viel Energie verbrauchten.

Turnhallen: Am Mittwochnachmittag stehen alle Turnhallen leer. Wenn diese mit Schülerlektionen gefüllt werden können, gibt es Kapazitäten an anderen Orten. Im Zusammenhang mit dem Lehrplan21, in welchem mehr Lektionen gefordert werden, erachte ich es für die Oberstufe als sehr gut.

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: Danke Daniel Mosimann. Werden weitere Wortmeldungen gewünscht? Dies scheint nicht der Fall zu sein.

---

## 10 Umfrage

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: Wir kommen zu Punkt 10 der Tagesordnung, nämlich zur Umfrage. Wird das Wort gewünscht?

### **Protokoll GPFK-Sitzung**

Michael Häusermann (SVP): Jeweils nach der Sitzung erhalten wir anfangs kommender Woche das Protokoll. Aktuell war es so, dass das Protokoll verschickt wurde. Es gab zwei Einwendungen zurück an das Rathaus, mit dem Hinweis, dass etwas falsch verfasst wurde. Meine Frage: Werden die Änderungen in das Protokoll übernommen und korrigiert? Falls nicht, warum? Falls es korrigiert wird oder wurde, warum haben wir das Protokoll nicht mehr erhalten? Unsere Version des Protokolls stimmt ja offenbar nicht.

Christoph Hofstetter (Stadtschreiber): Es ist korrekt, Stefan Wiedemeier, Protokollführer der GPFK, hat mir mitgeteilt, dass es Änderungen gibt. Er ist seit Montag krank und war die ganze Woche nicht im Büro. Er wird die Korrekturen vornehmen und das korrigierte Protokoll nochmals zustellen.

[Anmerkung des Stadtschreibers nach der Einwohnerratssitzung: Das ergänzte Protokoll ist per E-Mail am 30. September 2019 an die Mitglieder der GPFK und die Fraktionspräsidien versandt worden.]

### **Jugendrat**

Andreas Schmid (Stadtrat): Wie im Mai dieses Jahrs gelesen werden konnte, hat die Jugendarbeit den Jugendrat lanciert. Man ging auf die Suche nach interessierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen, um bei politischen Themen aktiv zu werden. Es hat sich eine Gruppe gefunden, welche sich regelmässig trifft. Es ist eine Gruppe von 9 bis 12 Jugendlichen und jungen Erwachsenen, welche im Alter zwischen 12 und 19 Jahren sind. Themen wurden fixiert, bei welchen sie aktiv werden wollen. Das Pilotprojekt wird für ein Jahr laufen, und die Gruppe Jugendrat darf aktiv werden. Sie werden auch auf den Stadtrat oder die Verwaltung zugehen, um Fragen und auch die politischen

Prozesse klären und kennenlernen zu können. Aktuelles Beispiel: Abfalltrennung im öffentlichen Raum. Nach einem Jahr Pilotbetrieb wird entschieden, ob bzw. wie der Jugendrat weiterlaufen soll. Soll es eine Kommission werden, oder wird man den Jugendrat als Verein organisieren? Es ist mir ein Anliegen, euch direkt darüber zu informieren.

### **Auflösung Jugendkommission und Kommission für Altersfragen**

Andreas Schmid (Stadtrat): Wie ihr dem Budget entnehmen konntet, werden wir auf das Jahr 2020 die Jugendkommission sowie die Kommission für Altersfragen auflösen und neu die Gesellschaftskommission einführen. Im Jahr 2018, als ich mein Amt antrat, stellte sich in beiden Kommissionen die Frage, wo wollen wir aktiv werden, wo gibt es Tätigkeitsgebiete für beide Kommissionen. Man hat festgestellt, dass die Abgrenzung vom Alter nicht zwingend notwendig ist, resp. dass man auch bei generationsübergreifenden Projekten etwas Gutes erreichen kann. Im 2019 haben wir uns zum Ziel genommen, uns dieser Frage anzunehmen. Die Jugendkommission und die Kommission für Altersfragen haben zusammen drei Workshops durchgeführt. Es wurden vertiefte Überlegungen, wie es mit beiden Kommissionen weitergehen soll, gemacht. Beide Kommissionen haben beschlossen, dass es der richtige Weg ist, die Gesellschaftskommission zu gründen. Es gibt zwei Aufgaben, welcher sich die Kommission in Zukunft annehmen soll. Einerseits sollen Projekte oder Veranstaltungen von Vereinen oder Institutionen zu Gunsten unserer Gesellschaft (z.B. Jugendlager Feuerwehrverein), welche einen finanziellen Beitrag benötigen, unterstützt werden. Solche Aufgaben hat früher die Jugendkommission bereits übernommen. Andererseits wird die Gesellschaftskommission Arbeitsgruppen einsetzen. Man möchte der gesellschaftlichen Entwicklung Rechnung tragen und motivierte Personen aus der Bevölkerung für spezifische Projekte, welche früher oder später wieder abgeschlossen sind, finden. Mit den Arbeitsgruppen soll ein Gefäss geboten werden, sich zusammenzuschliessen, um Anliegen, welche Lenzburg betreffen, mit Hilfe der Gesellschaftskommission realisieren zu können. Es kann im Auftrag der Gesellschaftskommission mit finanzieller Unterstützung ein Projekt umgesetzt werden. Hier sollen die Tore für alle guten und innovativen Ideen aus der Bevölkerung aufgemacht werden. In der Kommission werden 8 bis 12 Personen mitarbeiten. Da es eine Gesellschaftskommission ist, möchten wir möglichst alle Gesellschaftsgruppen abdecken. Ich möchte euch bitten zu überlegen, ob es ev. für euch etwas sein könnte oder ihr ev. jemanden kennt, welcher Interesse haben könnte.

Kontakt: [gesellschaftskommission@lenzburg.ch](mailto:gesellschaftskommission@lenzburg.ch). Demnächst wird mit der Kommunikation gestartet.

### **Feuerwehr**

Franziska Möhl (Stadtrat): Auch wir sind auf der Suche nach motivierten Personen für die Feuerwehr. Beim ersten Rekrutierungsabend ist es nicht gelungen, genügend Personen für die Feuerwehr zu rekrutieren. Wir haben immer wieder Abgänge zu verzeichnen, sei es altersbedingte Austritte, Wegzug etc. Vor der Einwohnerratssitzung war ich an der Nachrekrutierung. Soeben

habe ich vom Kommandanten die Rückmeldung erhalten, dass 14 weitere Personen für die Feuerwehr motiviert werden konnten.

Bei der Nachrekrutierung durfte ich noch den Flyer bezüglich Hauptübung mitnehmen. Ich lade Sie herzlich zur Hauptübung, welche am Samstag, 26. Oktober 2019, stattfindet, ein. Diese findet wegen des zurücktretenden Kommandanten in Staufen statt. Start: 15 Uhr Schulhaus Staufen. Um 17 Uhr findet zudem noch ein Apéro statt.

### **Projekt Lenzburg21 / Verwaltungszentrum Hünenwadelhaus**

Daniel Mosimann (Stadtammann): Der Einwohnerrat wurde bereits informiert, dass wir das Haus für ein Verwaltungszentrum in Betracht ziehen. Zurzeit sind wir zusammen mit dem Projektteam am Ausarbeiten der Vorlage für einen Planungskredit. Wir wollen den Einwohnerrat in das Projekt miteinbeziehen. Aus diesem Grund wünschen wir uns aus jeder Fraktion je einen/e Vertreter/in, welche/r sich für ein Interview zur Verfügung stellt. Es geht um Fragen wie, was sind die Erwartungshaltungen der Bürgerinnen und Bürger bezüglich einer modernen Stadtverwaltung, was ist z.B. auch die Erwartungshaltung des Einwohnerrats, wie möchte man als Einwohnerrat arbeiten (mit oder ohne Papier, hybrid), sowie generelle Bemerkungen zum Projekt und zur Stadtverwaltung. Das Interview dauert ca. 30 Minuten und findet zwischen dem 14. und 31. Oktober 2019 statt. Interessierte melden sich doch bitte bei der Stadtkanzlei. Das entsprechende Schreiben werde ich direkt an die Fraktionspräsidenten verteilen.

### **Vollzugshilfe für Lichtimmissionen**

Martin Stücheli (Stadtrat): Am 6. Dezember 2018 hat Beat Hiller eine mündliche Anfrage betr. Anwendung der Vollzugshilfe für Lichtimmissionen des Bundesamts für Umwelt (BAFU) vom 12. April 2017 bei Baubewilligungen und Baugesuchen gestellt.

#### **I. Ausgangslage**

(Zitat Protokoll der Sitzung vom 6. Dezember 2018)

*"Die Lichtverschmutzung ist etwas, das uns Menschen nicht wichtig scheint. Wir leiden nicht darunter, wir können die Augen schliessen, wir können im Haus die Rollläden benutzen und es wird dunkel. Die Tiere können dies nicht. Darum ist es auch sehr wichtig, dass wir im Bereich Lichtverschmutzung Acht geben und auch die entsprechenden Massnahmen berücksichtigen. Hier gibt es auch eine Vollzugshilfe für Lichtimmissionen des Bundesamts für Umwelt vom 12. April 2017. Diesbezüglich habe ich die einfache Frage:*

*Wird diese [Vollzugshilfe] bei Baubewilligungen und Baugesuchen angewendet?"*

#### **II. Beantwortung**

Nein, diese Vollzugshilfe wird bei Baubewilligungen und Baugesuchen nicht angewendet, da sie faktisch noch gar nicht existiert. Bei der erwähnten Vollzugshilfe handelt es sich um einen Konsultationsentwurf. Gemäss Information auf der entsprechenden Webseite des BAFU wird die definitive Publikation der Vollzugshilfe erst im Laufe des Jahres 2019 erfolgen.

Grundsätzlich geht es um den Vollzug von § 27 Abs. 1 des Einführungsgesetzes zur Bundesgesetzgebung über den Schutz von Umwelt und Gewässern (EG Umweltrecht, EG UWR).

Im Baugesuchsverfahren wird die Bauherrschaft deshalb bereits im Rahmen von Vorbesprechungen systematisch auf die Thematik der Lichtverschmutzung hingewiesen. Es wird auf die SIA-Norm 491 "Vermeidung unnötiger Lichtemissionen im Aussenraum" verwiesen, und es werden insbesondere die Anhänge A "Anforderungen an die Planung, die Leuchten und den Betrieb der Anlagen" und B "Checkliste" ausgehändigt.

Bei Baugesuchen, welche eine Beleuchtung zum Gegenstand haben (z.B. bei Leuchtreklamen, Kreiselschmuck oder bei anderen Gesuchen mit selbst- oder angeleuchteten Elementen), wird die Frage im Einzelfall aus Sicht der Ästhetik (Ortsbild), der Sicherheit (Blendwirkung, Ablenkung) und der allgemeinen Lichtemissionen (insb. bei himmelwärts gerichteten Beleuchtungen) geprüft.

---

## **Schlusswort**

Einwohnerratspräsidentin Brigitte Vogel: Es wurde engagiert diskutiert und engagiert auch mit der GPFK gearbeitet. Der Präsident der GPFK hat heute Abend wieder einmal einen sehr wichtigen Part übernommen. Ich danke ihm und allen für das Mitdenken und Mitarbeiten.

Wir werden eine intensive Zeit vor uns haben. Die Reservesitzung vom 31. Oktober 2019 ist mit Traktanden gefüllt, und Arbeit wartet auf uns. Am 31. Oktober findet eine spezielle Aktion unter dem Titel "Besuch im Einwohnerrat" statt. Vielleicht wurden Sie auch schon gefragt, insbesondere auch von Ihren Kindern, was machst du eigentlich am Donnerstagabend? Für was ist das gut? Wir nehmen uns dafür am 31. Oktober 2019 ein wenig Zeit, um interessierten Personen unseren Ratsbetrieb näher zu bringen. Vor allem auch Kinder sind herzlich willkommen. Jörg Kyburz wird an diesem Abend für interessierte Personen eine spezielle Begleitung übernehmen. Vor der Sitzung wird Christoph Hofstetter über den Ablauf der Einwohnerratssitzung informieren. Machen Sie Gebrauch von der einzigartigen Möglichkeit, Werbung zu machen in Ihrer Familie, bei Verwandten und Bekannten.

Bitte reserviert euch den 6. Dezember 2019, nicht weil Chlaustag ist, sondern aufgrund des Abschlussabends des Einwohnerrats.

Ich wünsche Ihnen schöne Herbsttage. Die Sitzung ist geschlossen. [Applaus]

---

Schluss der Sitzung: 22.15 Uhr

---

FÜR DEN EINWOHNERRAT:

Die Präsidentin:

Der Protokollführer-Stv:

Abgabe / Zustellung an die Einwohnerräte:

6. Dezember 2019

Zustellung an die übrigen Empfänger:

14. Februar 2020